

**Auszug aus der Niederschrift
über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 05.03.2026**

Zu TOP: 9.3

**Antrag zur Sicherung des Schulstandortes für Erziehungshilfe der Förderschule
„Ernst von Haselberg“**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE., Fraktion CDU/FDP, Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen/SPD/Piratenpartei**

Vorlage: AN 0016/2026

Herr Quintana Schmidt erläutert den vorliegenden Antrag der Fraktionen DIE LINKE., CDU/FDP und Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei ausführlich. Es gelte, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Die geplante Schließung der Förderschule „Ernst von Haselberg“ gefährde die Teilhabechancen der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Herr Quintana Schmidt wirbt um Zustimmung zum Antrag, um damit auch ein starkes Signal zu setzen und Druck auszuüben.

Herr Haack wiederholt seine Kritik an der Ausgrenzung einzelner Fraktionen bei der Beteiligung an der Antragstellung. Die Erfahrung aus dem Kreistag habe gezeigt, dass Widerstand gegen Schulschließungen bei der Landesregierung keine Wirkung erziele. Der erforderliche Widerstand und Druck gegen Entscheidungen der Landesregierung könne nur innerhalb der verantwortlichen Parteien aufgebaut werden.

Herr Haack erinnert an das funktionierende Förderschulsystem zu DDR-Zeiten. Die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Rybka geht auf die Begriffe Inklusion, Exklusion und Separation ein. Seitens des Bildungsministeriums M-V werde die fachliche Expertise zur Thematik ignoriert. Die Fraktion AfD empfiehlt der miteinreichenden Fraktion DIE LINKE., parteiintern Einfluss zu nehmen. Die Fraktion AfD werde den Antrag ablehnen.

Herr Leddin kritisiert, dass die negativen Wortmeldungen keine konkreten Alternativen aufzeigen.

Herr Grundke appelliert daran, zur Sachlichkeit zurückzukehren. Die betroffenen Kinder in Stralsund benötigen die Unterstützung der Bürgerschaft.

Herr Rybka verweist in Richtung Herrn Leddin auf das Bildungssystem in der ehemaligen DDR. Er wiederholt, dass seitens der Landesregierung die Expertise von Sachverständigen ignoriert werde.

Herr Philippen geht auf das Beispiel der Schließung einer Förderschule in Bergen auf Rügen ein. Er kritisiert dahingehend das Vorgehen der Landesregierung. Diese Kritik anzubringen, sei in der geführten Diskussion legitim.

Herr Haack wiederholt, dass Kritik erlaubt sei und Verantwortlichkeiten benannt werden dürfen. Er habe ein alternatives funktionierendes System aufgezeigt.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0016/2026 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund möge beschließen:

1. Das Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern wird gebeten, im Rahmen seiner Zuständigkeit die getroffene Entscheidung zu evaluieren und gemeinsam mit der Hansestadt Stralsund sowie dem zuständigen Staatlichen Schulamt nach nachhaltigen Lösungen für die langfristige Sicherung des Schulstandortes zu suchen.
2. Die Stadtverwaltung bemüht sich in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt, dem Landkreis Vorpommern-Rügen sowie weiteren relevanten Partnern um die Entwicklung eines nachhaltigen Konzepts zur langfristigen Sicherung des Schulstandortes.
3. Die Bürgerschaft bekennt sich ausdrücklich zum Erhalt wohnortnaher, inklusiver sowie bewährter Bildungsangebote für Kinder mit besonderem Förderbedarf im Stadtgebiet Stralsund.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2026-VIII-02-0221

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 12.03.2026